

Wie lange sollen wir noch warten, bis endlich was Substanzielles getan wird?

Letzte Generation: „Härtere Strafen wären destruktiv“, „Radikal richtig“ und „Mutiger Protest“, FR-Politik, -Titel und -Meinung vom 26. November

Wenn ich noch mal 20 wäre, dann wäre ich dabei

Endlich radikal richtig: Nun wird die ‚Letzte Generation‘ eingesperrt. Es ist ja Wahlkampf. Mit welcher Form von Protest haben wir noch eine Zukunft? Müssen wir uns ein weißes Blatt vor das Gesicht halten? Oder mit Schildern sinnlos durch die genehmigten Straßen latschen? Ach, wäre ich noch mal 20, ich wäre dabei, denn ich möchte kein Heuchler sein.

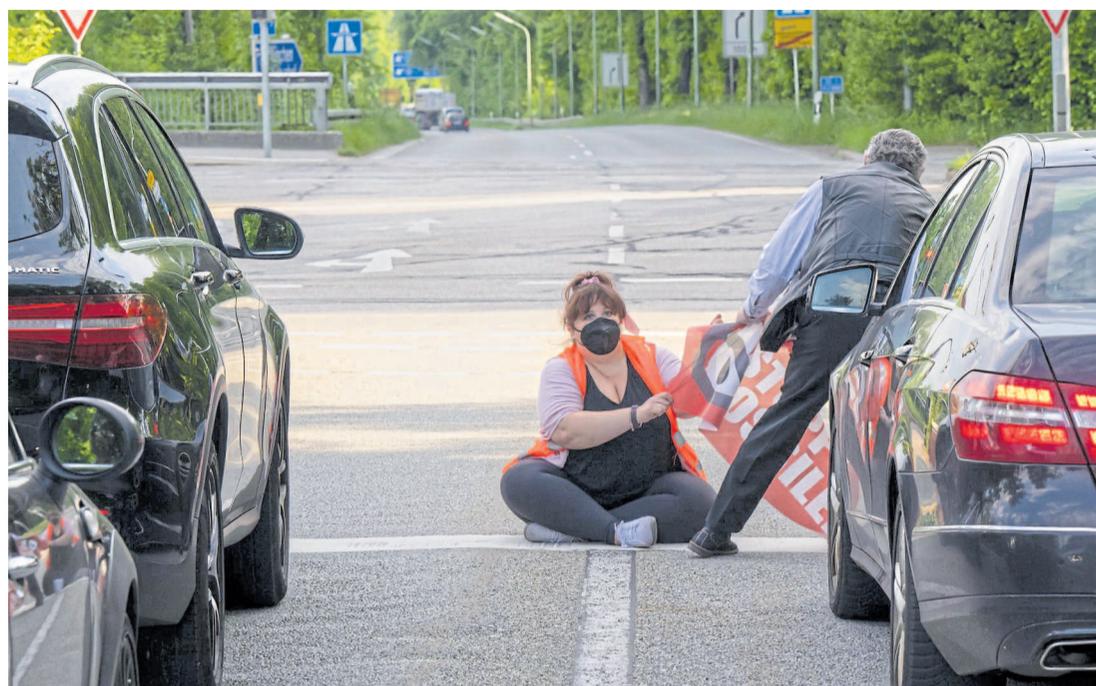
Jon Pahlow, Frankfurt

Das Blablabla geht einfach immer weiter

Dem Kommentar von Ruth Herberg stimme ich zu. Die Kurzsichtigkeit und Ignoranz politischer Entscheidungsträger und zahlreicher Medienmacher ist weltmeisterverdächtig. Die vorherrschende Ignoranz und Arroganz in Sachen Klima- und Umweltzerstörung ist weit verbreitet. Obwohl seit Jahrzehnten die Klimafolgen, das Aussterben von Tier- und Pflanzenarten, die Zerstörung unserer Lebensquellen bekannt sind, gehen Vergiftung und Zerstörung weiter, das Blablabla geht weiter – und es wird nichts Spürbares gegen den Untergang unserer Zivilisation getan. Im Gegenteil: Militärausgaben steigen, Wachstum wird weiter wie ein goldenes Kalb vergöttert, Konsum wird angestachelt.

Und wer muss in einer noch weiter unwirtlich gemachten Welt in Zukunft leben? Nicht die „alten Säcke“, die dies zu verantworten haben, sondern die jungen Generationen, unsere Kinder und Kindeskinde und zahlreiche Generationen mehr. Und das wissen oder ahnen immer mehr junge Leute. Und die wollen nicht in einer kaputtgemachten Welt wohnen. Sie wollen den Todes-Tsunami blockieren.

Aber da gibt es nun kurzsichtige Egoisten, die weder die Zerstörungsmaschinerie ernstnehmen



Ein Autofahrer reißt einer festgeklebten Aktivistin der „Letzten Generation“ ein Plakat aus der Hand. DPA

noch das menscheitsrettende Verhalten der mutigen jungen Leute angemessen verstehen. Weitblickende, verantwortungsvolle Menschen einzulochen ist dumm und verkehrt. Meines Erachtens gehören hingegen diejenigen in den Knast, die unseren wunderschönen lebenswerten Planeten unbewohnbar machen, obwohl sie es besser wissen müssten.

Meine Frage an Kritiker der „Letzten Generation“: Wie lange sollen wir warten, bis endlich etwas gegen die Klimaerhitzung und Naturzerstörung getan wird? Wie viele Menschen müssen noch sterben – heute und in Zukunft? Was sonst kann getan werden gegen die zerstörerische Walze unserer (!) Wachstums- und Vernichtungsmaschine? Wie also wäre es mit „präventivem Gewahrsam“ für die Bundes- und Landesregierung, für die EU und Konzernmanager, für die Zerstörer unserer Lebenswelt? Wenn das juristische Prinzip der „Verhältnismäßigkeit“

angemessen angewendet werden würde, müssten die Verursacher des Klimawandels und der Umweltzerstörung in den Knast. Was müssen die jungen Menschen von „Letzte Generation“ (und die unzähligen WissenschaftlerInnen und Bewegungen wie „Fridays for Future“, „Ende Gelände“, „Extinction Rebellion“) noch tun, damit die in einer fürchterlichen Komfortzone und Bequemlichkeitsblase dahinlebenden Männlein endlich aufwachen?

Edgar Göll, Langgöns

Diese Aktionen sind unverhältnismäßig

Das ist kein mutiger Protest, das ist Meinungsterror, der die Gesellschaft spaltet. Alle Aktionen der „Letzten Generation“ zielen darauf ab, dass sie den allein selig machenden Kampf um die Rettung des Klimas führen. Wer das nicht akzeptiert, der kämpft nicht mit letzter Konsequenz für die Rettung

des Klimas und ist damit ein potenzieller Gegner. Aber ihre Aktionen sind strafbare Aktionen, die unverhältnismäßig sind. Sie fordern mehr Widerspruch in der Gesellschaft heraus und sind kontraproduktiv für das ehrbare Anliegen des Klimaschutzes. Der große Teil der Gesellschaft hat für diese Aktionen kein Verständnis und wird sich daher auch nicht mit den Klimaaktivisten solidarisieren. Auch wenn die Anwälte der Gruppe sich auf Notstand gemäß Paragraph 34 StGB berufen, in einem Urteil das Amtsgericht Flensburg dieser Argumentation gefolgt ist, sollte für die strafbaren Handlungen konsequent die Strafbarkeit erfolgen. Nicht einsperren, aber unterschiedene Auflagen zur gemeinnützigen Arbeit im Sinne eines aktiven Engagement für den Klimaschutz (Aufforstung, Pflege von städtischen Parks, Gewässerschutz usw.). Jeder darf die Regierung kritisieren, ihr Versäumnisse und verzögernde Bearbeitung vorwerfen.

Das ist legitim und demokratisch. Aber zur Demokratie gehört auch, dass Gesetze akzeptiert und eingehalten werden. Wenn alle Bürger gegen Gesetze verstoßen, dafür Strafen in Kauf nehmen und die Komplexität von gesellschaftlichen Prozessen ignorieren, dann wird nicht dem Klimaschutz zur Geltung verholfen, sondern die Gesellschaft wird gespalten und chaotische Aktionen werden gefördert. Klaus-Dieter Busche, Offenbach

Ein weiterer Stau für ein paar Stunden – na und?

Jetzt wird wegen der Klimaproteste über eine Ausweitung der Vorbeugehaft diskutiert. Ich kann mich nicht erinnern, dass darüber anlässlich der Straßenblockaden der Landwirte gesprochen worden wäre. Auch nicht, als Menschen über Wochen in Flüchtlingsheimen belagert wurden. Auch nicht, als diese Belagerer die Menschen sogar angezündet haben. Auch nicht, als Neonazis ihre Mitbürger überfallen haben. Auch nicht, als stadtbekanntem Nazis Bürgermeister/innen bei Leib und Leben bedroht und aus dem Amt gejagt haben. Wenn aber verzweifelte junge Leute den 100 Staus, die durch eine seit Jahrzehnten verfehlte Verkehrspolitik alltäglich sind, für ein paar Stunden einen weiteren hinzufügen, dann wäre das eine so ernste Gefährdung der Öffentlichkeit, die sogar eine Abschaffung zentraler rechtsstaatlicher Grundsätze gestatten sollte.

Ich bin einfach sprachlos. Was treibt unsere Innenminister/innen dazu, sich mit der Gewalttätigkeit einer willkürlichen anlasslosen Gefangennahme ohne Prozess und Rechtsbeistand auf diese Menschen zu stürzen? Vernunft und Verantwortung für uns Menschen, unsere Verfassung und den Rechtsstaat kann es nicht sein.

Dietmar Grubert, Wiesbaden

Diskussion: frblog.de/lastgeneration

Umstieg läuft zu schleppend

Klimapolitik: „Man muss mehr Druck auf China ausüben“, FR-Politik vom 25.11

Das Interview bringt wenig Neues. Dass die Klimaziele 1,5 und zwei Grad Erwärmung kaum noch einzuhalten sind, ist offensichtlich. Latifs Vorschlag der „Allianz der Willigen“ hört sich gut an, geht aber von falschen Voraussetzungen aus. Zum einen gehört Deutschland nicht zu den Willigen, sondern steht seit 20 Jahren auf der Bremse, weil es hier von Staats wegen nur ein „Weiter so“ gegeben hat und gibt. Und das auch mit den Grünen in der Regierung. Zum anderen: Auch andere Willige sind weltweit kaum auszumachen. Das ist der Grund für das Versagen der diversen COPs. Wir haben unsere neuen Gasumschlagsanlagen für mindestens 15 Jahre geplant, China hat einen neuen Vertrag mit Katar für 27 Jahre geschlossen, die USA werden ihr Fracking-Programm für Jahre fortführen. Offen bleibt die Frage, wohin es führt, wenn die Menschheit so

weitermacht wie bisher. Wie schnell es wärmer wird und wie schnell welche Katastrophen eintreten werden und wo, denn Katastrophen in Pakistan oder Afrika erzeugen keinen Druck. Untergehende Inseln auch nicht. Flüchtlinge überall auch nicht.

Latifs Fazit, dass wir schon viel früher auf die erneuerbaren Energien hätten umsteigen müssen, lässt den Hinweis vermissen, dass wir in den 90er Jahren auf einem guten Weg waren, dann aber mit voller Absicht aus Solar- und Windkraft ausgestiegen sind. Die Gründe? Man frage Merkel/Altmaier/Söder. Die SPD war auch dabei, die FDP ist es immer noch. Das aber ist das Zentrum unseres Problems, denn auch heute ist ein Umsteuern auf erneuerbare Energien immer noch sehr schleppend, wenn überhaupt. Man verlässt sich auf das St. Florians Prinzip: „Verschon mein Haus, zünd andere an!“ Jürgen H. Winter, Schöneck

Bildung ist Voraussetzung für Erfolg

Deutschland ist Einwanderungsland: „Offen statt borniert“, FR-Meinung vom 30. November

Über Einwanderung und die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft ist erneut ein Streit entbrannt. Sowohl innerhalb der Ampel-Koalition (mal wieder durch die FDP verursacht) als auch zwischen Regierung und Opposition. Allerdings: CDU und CSU taugen nicht als Kriterien für ein neues Staatsbürgerrecht. Gleiches gilt für AfD und andere Rechtsextreme, welche die brutale Seite der Dummheit abbilden.

Erst unlängst erklangen die Alarmglocken der Bildungsexperten, die einen drastischen Verfall an Sprach- und Mathematikkompetenz bei Migrantenkindern in der Grund- und Hauptschule diagnostizierten. Da diese hinsichtlich ihrer Talente sicherlich nicht schlechter ausgestattet sind als die Mehrzahl der seit vielen Generationen hier Ansässigen, deutet vieles auf Ursachen hin, die mit der sozialen Situation der Familien zu tun haben.

Dort dienen Sprache und Bildung häufig nur noch der Binnenkommunikation innerhalb spezifischer, auch von fundamentalistischen Religionen geprägter Milieus.

Ein Rückblick in die deutsche, vor allem die preußische, Geschichte zeigt, dass die Einführung der Schulpflicht im frühen 19. Jahrhundert zunächst eine Absichtserklärung war, die mangels Lehrern, Schulgebäuden und entsprechender Verwaltung nicht umgesetzt werden konnte. Doch unter dem Druck der Industrialisierung erwies sich eine solide Allgemeinbildung als Voraussetzung für eine erfolgreiche moderne Volkswirtschaft. Wobei es einen Unterschied zwischen vor allem katholischer Landbevölkerung und zunehmend säkularer bzw. weltanschaulich liberalerer Stadtbevölkerung gab. Auch die Kinder der arbeitenden Klassen wurden von ihren Eltern dazu

angehalten, in der Schule und in der Öffentlichkeit Hochdeutsch zu sprechen.

Die seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts ins Ruhrgebiet eingewanderten polnischen Arbeiter zeigten, dass Integration möglich ist, wenn die Betroffenen sie auch wollen, was immerhin einem Drittel der ursprünglichen Einwanderer gelang.

Mutmaßlich würde eine organisierte Einwanderung beruflich Qualifizierter nach Deutschland, die von Kanzler Scholz und Innenministerin Faeser konzipiert wird, sogar gelingen, weil die Motivation zur Integration hoch sein dürfte. An der Situation der unterprivilegierten Migranten würde das jedoch nichts ändern. Deswegen stellt sich die Frage, welches Problem einer vorrangigen Lösung bedarf. Qualifizierung der Abhängenden oder die weitere Öffnung der sozialen Schere?

Klaus Philipp Mertens, Frankfurt